wurde zwar mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt, „weil man angesichts der schwierigen Lage der Heimat von derartigen Mitteln absehen wollte"; aber auch die für die Ablehnung Stimmenden erklären, daß ihnen die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flagge ebenfalls als ein unbedingtes Erfordernis für die deutsche Wirtschaft erscheine.

Mit allen gegen drei Stimmen wurde beschlossen, den Beschluß und die Meinungskundgebung der Deutschen Handelskammer in Valparaiso allen in Betracht kommenden Kreisen in Deutschland und im Ausland mitzuteilen und dabei die schweren Gefahren darzustellen, die aus einer Vernachlässigung der Wünsche der Auslanddeutschen in der Flaggenfrage für unseren Ueberseehandel entstehen müssen.

„In Südamerika — so wird zur Begründung ausgeführt — ist als deutsche Flagge nur Schwarz-Weiß-Rot bekannt, und eine Aenderung würde uns nur den Hohn und Spott der südamerikanischen Völker eintragen, die auf nichts so stolz sind, wie auf ihre Flagge. Bei der großen Vaterlandsliebe der hiesigen Völker ist der Stolz des Fremden auf sein Vaterland und seine die Heimat repräsentierende Flagge ein äußerst wichtiger Faktor auch bei Abwicklung geschäftlicher Transaktionen, die hier mehr als sonst vielfach auf Grund persönlicher Eindrücke getätigt werden. Eine Aenderung der Flagge würde den Glauben der Länder an die Weiterführung unserer aus der Zeit vor dem Kriege aufs beste bekannten deutschen Handelstradition, deren Symbol Schwarz-Weiß-Rot war, aufs ernsteste gefährden."

Wir kommen dem Wunsche der Deutschen Handelskammer in Valparaiso nach, ihre Kundgebung nach Möglichkeit zu verbreiten.

Neue kommunistische Pläne.

Wie aus Halle a. S. gemeldet wird, scheinen die Kommunisten gleich dem Vorjahre auch für das kommende Frühjahr eine Aktion in die Wege leiten zu wollen. Es liegen Anzeichen vor, daß die Heimarbeit im Anschluß an das Weihnachtsfest im Ruhrbezirk, im Bornaer Revier und im Zwickau-Lugau-Oelsnitz beginnen soll. Wie die „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland" in Halle berichtet, hat die Union der Hand- und Kopfarbeiter, Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen, an die Union der Hand- und Kopfarbeiter Mitteldeutschlands, zu Händen des Bezirksleiters Schmidt in Halle, ein Schreiben, datiert vom 21. Dezember, gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Im Bezirke Rheinland-Westfalen ist zu befürchten, daß durch gewisse Machinationen des Stinnes-Kapitals und des mit ihm verbündeten alten Bergarbeiterverbandes die Bergarbeiter gezwungen werden, wieder Ueberschichten zu machen. Wir müssen uns mit allen Kräften dagegen wehren. Ueberschichten dürfen unter keinen Umständen gemacht werden. Es muß eine gemeinsame Abwehrfront der uns angeschlossenen Bergarbeiter ganz Deutschlands hergestellt werden. Zu diesem Zwecke sind für die Unterbezirke Borna und Oelsnitz Konferenzen sämtlicher Funktionäre der Bergarbeiter angesetzt worden. Der Bezirksleiter Schmidt in Halle als Vertreter von Mitteldeutschland wird durch dieses Schreiben von den stattfindenden Konferenzen in Kenntnis gesetzt. Die Funktionäre aus Rheinland-Westfalen treffen am Dienstag, den 27. Dezember in Halle ein."

Ein deutsches Memorandum.

Berlin, 28. Dez. Staatssekretär Fischer wird morgen nachmittag in Paris von der Wiedergutmachungskommission empfangen. Er wird, dem Pariser „Journal" zufolge, den Verbündeten ein Memorandum überreichen, das die von der Wiedergutmachungskommission gewünschten Einzelheiten über die neuen Steuerpläne der Regierung und deren voraussichtliche Erträgnisse enthält. Er wird außerdem Vorschläge über die Art vorlegen, wie Deutschland seine Verpflichtungen am 15. Januar und 15. Februar zu erfüllen gedenke.

Die Konferenz in Cannes.

Berlin, 28. Dez. Heute nachmittag ist Dr. Rathenau nach Paris gefahren, um dort neue Verhandlungen über die künftige Regelung der Reparationszahlungen einzuleiten. An zuständiger Stelle wurde noch heute nachmittag, wie üblich, erklärt, daß Rathenau in privater Mission fahre. Aber da morgen die offiziellen mündlichen Beratungen der Reparationskommission in Paris beginnen, wird selbstverständlich Rathenau, der in Paris über gute Beziehungen verfügt, in Paris ebenfalls als Regierungsvertreter anzusehen sein. In später Abendstunde wird noch bekannt, daß die Reparationskommission offiziell nach Berlin gemeldet habe, sie erwarte Rathenau zur Berichterstattung.

Zürich, 28. Dezember. Der Tagesanzeiger meldet aus Paris: Auf Einladung Briands reist Marschall Foch zur Konferenz nach Cannes.

Die Vereinigten Staaten nehmen an der Konferenz von Cannes teil.

Paris, 28. Dez. Einer Radiomeldung aus Washington zufolge, beschloß das amerikanische Staatsdepartement, der Einladung Briands zu entsprechen und sich auf der Konferenz von Cannes durch ihren Botschafter Harvey vertreten zu lassen. Dieser erhielt die notwendigen Instruktionen, um den Sitzungen des Obersten Rats als offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung beizuwohnen.

Neue Gläubiger Deutschlands.

London, 28. Dezember. „Morning Post" meldet, es sei mehr als wahrscheinlich, daß sich Deutschland in Cannes neuen Gläubigern gegenüber sehen werde, die darauf bestehen würden, daß Deutschland zahlen könne und müsse. Trotz der amtlichen Erklärungen, daß zwischen den Premierministern von Frankreich und England Uebereinstimmung herrsche, sei es zwecklos, die radikale Verschiedenheit der amtlichen Auffassung beider Länder zu übersehen.

•

Der Hohn der Entente.

Genf, 28. Dezember. „Havas" meldet: Die deutsche Note vom 2. November über angebliche Verbrechen schwarzer Truppen im Rheinlande ist noch in der letzten Botschafterkonferenz vor Weihnachten zurückgewiesen worden. Dagegen ist zugestanden, daß ein Teil der Fälle durch kriegsgerichtliche Urteile gesühnt worden ist. Das sind alle (!) Fälle, die sich als wahr erwiesen haben. Eine Verallgemeinerung einzelner Ausschreitungen mußte zurückgewiesen werden.

Herabsetzung der Militärdienstzeit in Dänemark.

Kopenhagen, 28. Dezember. Die militärischen Dienstzeiten werden bei den einzelnen Waffengattungen (bisher 221 Tage für Infanterie, 250 Tage für Kavallerie und 415 Tage für Artillerie) nach einem neuen Gesetzentwurf auf 4½ Monate für Infanterie und 6 Monate bei den anderen Waffengattungen herabgesetzt werden.

Zusammenstöße an der dalmatinischen Küste.

Wien, 26. Dez. Wie aus Sebenico gemeldet wird, kam es am ersten Weihnachtsfeiertag zu Zusammenstößen zwischen Matrosen eines dort eingetroffenen italienischen Kriegsschiffes und südslawischen Einwohnern der Stadt. Die Italiener gaben Schüsse ab, durch die zwei Personen verletzt wurden. Vor Sebenico hat ein zweites italienisches Kriegsschiff Anker geworfen.

Keine Verhandlungen mit Rußland?

Paris, 28. Dezember. Die Nachricht, Tschitscherin und Litwinoff seien von Lloyd George und Briand zum 8. Februar zu einer Wirtschaftskonferenz nach London eingeladen worden, wird im Ministerium des Aeußeren als falsch erklärt.

Der Wiederaufbau Rußlands.

London, 28. Dezember. Nach aus Washington einlaufenden Nachrichten ist die Regierung der Vereinigten Staaten mit der Entwicklung der Dinge in Rußland soweit zufrieden, daß sie an eine baldige Wiederherstellung der Handelsbeziehungen denkt. Dem Vertreter Rußlands ist bereits Erlaubnis erteilt worden, nach den Vereinigten Staaten zu kommen, um Getreide für das russische Hilfswerk einzukaufen.

München, 23. Dez. Nach einer amtlichen Mitteilung wurden wegen Beteiligung an der Rätebewegung des Frühjahres 1919 in Bayern im ganzen 407 Personen zu Festungshaft verurteilt. Weit mehr als ½ von ihnen haben im Wege der Einzelbegnadigung Bewährungsfrist erhalten. Die Mehrzahl der Begnadigten hat einen sehr erheblichen Teil der Strafe nicht verbüßen müssen. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl hat für die ganze Strafe Bewährungsfrist erhalten. In Bayern ist demnach von dem Recht der Begnadigung in weitestgehendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Ratibor, 26. Dez. Für heute war das Eintreffen der Grenzkommission in Hohenbirken angekündigt. Etwa 700 Einwohner hatten sich eingefunden, um der Grenzkommission die Wünsche des Ortes vorzutragen. Die Einwohner wollen unter keinen Umständen an Polen zugeteilt werden, weil Hohenbirken mit Ratibor untrennbar verknüpft sei.

Danzig, 28. Dezember. In der heutigen Sitzung des Volkstages wurde nach längerer Debatte die Ratifizierung des Danzig-Polnischen Wirtschaftsabkommens in zweiter Lesung mit 61 gegen 22 Stimmen angenommen. Die dritte Lesung findet am Sonnabend statt und dürfte das gleiche Stimmenverhältnis bringen.

Wien, 28. Dez. Die österreichisch-ungarische Bank teilt mit, daß die Goldparität (Umrechnungsverhältnis betreffend die Zollzahlungen in Gold) für die Periode vom 8.—14. Januar mit 1190 Kronen festgesetzt worden ist.

Oertliche Angelegenheiten.

Brennstoffmangel!

—a— Der „Bus" hat nun schon seit Monaten den Betrieb eingestellt. Im allgemeinen ist man nicht böse darüber. Denn er war nun Tag ein höchst unzuverlässiges Möbel. Wie oft wartete man vergeblich bei Wind und Wetter eine Viertelstunde, eine halbe und noch länger, ohne daß schließlich die Verkehrsmöglichkeit kam. Brummend oder fluchend, je nach Charakterveranlagung, trat man dann den Fußmarsch an. Manchmal hatte man noch das Pech, das einem das sausende Ungetüm zwischen zwei Haltestellen hohnlächelnd überholte, ohne daß man die Möglichkeit hatte, es zum Halten zu bringen. Dann wieder hatte er — unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — seinen Fahrplan geändert. Wer die paar Aushänge nicht studiert hatte, konnte vergeblich warten. Bis dann wieder die Stiefelsohlen einspringen mußten, im Trab, sehr oft vergeblich, denn die Züge in Aue waren gerade abgelaufen, wenn man schweißtriefend auf dem Bahnsteig ankam. Mancher Kindtaufs- oder Hochzeitsbraten wurde so ohne Mitwirkung des Staatsbürgers verspeist, der sich auf das staatliche Verkehrsmittel verlassen hatte. Und wenn es wirklich in pünktlichem Betrieb war, dann war man das öfteren froh, mit heiler Haut am Zielpunkt der Fahrt angekommen zu sein. Der fahrende Jüngling (mit der Zigarette im Munde) glaubte dann und wann die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, sich zum Schnelligkeitsrekordfahrer auszubilden. Die Strecke zwischen Brünnlasberg und Kaffee Georgi mit ihrem reizenden Gefälle und den allerliebsten Kurven war eine prächtige Gelegenheit.

Also: daß es nicht mehr fährt, darüber kann man sich unter den Umständen, wie der Betrieb vor sich ging, trösten. Bleibt nur noch übrig, darüber ein paar Worte zu verlieren, womit die gänzliche Einstellung des Betriebes begründet wird. Die amtliche Verlautbarung gab als Grund Brennstoffmangel an. Auch der Finanzminister schwor im Landtage Stein und Bein, daß dem so wäre. Der Kundige lächelt: Seit Monaten Brennstoffmangel? Jedes Privatautomobil hat Brennstoff, die Autokarren in der Nähe der Großstädte haben Brennstoff, ebenso besonders bevorzugte anderwärts. Nur bestimmte Strecken leiden unter dem Mangel. Auch der loyalste Staatsbürger setzt nunmehr wohl ein „angeblich" dazu. Der weniger loyale fühlt sich direkt verkohlt und spricht von lächerlichen Ausreden, Versagen der staatlichen Regie usw. Bei ihm geht infolge des Bus, der nicht geht, ein weiteres Stück Staatsautorität flöten.

Im staatlichen Kursbuch stehen fein säuberlich die Fahrzeiten des „staatlichen Kraftwagenverkehrs" verzeichnet. Es steht ja heute so manches auf dem Papier, was es nicht gibt. Der Achtstundentag z. B., das Verbot der Kinderarbeit, ganze Kapitel aus der Verfassung. An den Brennstoffmangel glaubt niemand mehr. Warum sagt man eigentlich oben nicht, wie die Sache wirklich steht? Meint man, daß der Staatsbürger die volle Wahrheit nicht vertragen kann, geniert man sich einzugestehen, daß der Staatsbetrieb der Autobusse versagt? Man sollte nicht so zimperlich sein, es versagt so vieles im Staate Sachsen, daß es auf das Bißchen mehr wirklich nicht ankommt.

---

* **50 Jahre Deutscher Lehrerverein.** Am Mittwoch sah der Deutsche Lehrerverein auf sein 50jähriges Bestehen zurück. Für die ersten Jahre des Deutschen Lehrervereins fehlen genauere Angaben über die Mitgliederstärke. Bei der Gründungsversammlung in Berlin zählte er nur wenige Hunderte Mitglieder. Im Jahre 1874 hatte der Verein bereits rund 5000 Mitglieder. Nun folgte ein beispielloser Aufstieg. Im Jahre 1880 konnte er 18 000, 1890 bereits 44 000 Mitglieder verzeichnen. Von 82 000 Mitgliedern um die Wende des Jahrhunderts und 120 000 im Jahre 1910 stieg die Zahl bis zum Ende des Jahres 1921 auf 150 000. Etwa 19 000 Mitglieder des Vereins haben ihr Leben für das Vaterland gelassen. Der Deutsche Lehrerverein ist eine der stärksten berufsständischen Organisationen; er vereinigt in sich die überwiegende Mehrheit der deutschen Lehrerschaft. Nicht ohne Interesse ist die Reihenfolge, in der die Landes- und Provinzialverbände dem Deutschen Lehrerverein beitraten. Nächst der Berliner Ortsgruppe waren es zuerst die Vereine von Sachsen, Hessen, Schleswig-Holstein und Ostpreußen. Die letzten beitretenden Vereine waren Mecklenburg-Schwerin im Jahre 1909, Bayern 1904 und Elsaß 1906. Trotz der schmerzlichen Verluste, die die Abtrennung großer Gebiete dem Deutschen Lehrerverein gebracht hat, ist die Mitgliederzahl durch den Beitritt der deutschösterreichischen Lehrervereine sowie durch zahlreichen Zustrom aus bisher fernstehenden Lehrerkreisen zu ihrem jetzigen hohen Bestand gekommen.

* **Erweiterung der Krankenversicherungspflicht.** Am 14. d. M. hat der Reichstag mit Zustimmung des Reichsrats beschlossen, die Krankenversicherungspflicht für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, sowie Lehrer und Erzieher bis zu einem Jahresarbeitsverdienste von 40 000 Mark auszudehnen. Diese Angestelltengruppen müssen also, wenn ihr Monatsgehalt einschließlich aller regelmäßigen Bezüge aus dem Arbeitsverhältnisse Mk. 3333.33 nicht übersteigt, einer Krankenkasse beitreten. Diese Verpflichtung gilt ab 1. Januar 1922. Der Arbeitgeber hat die versicherungspflichtig Werdenden bis zum achten Tage nach dem 1. Januar der zuständigen Zwangskrankenkasse zu melden, doch kann die Meldung wirksam auch schon vor dem 1. Januar erfolgen. Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Angestellte in Bureaus und Verwaltungen, alle weiblichen Angestellten, sowie technische Angestellte und Werkmeister können sich von der für sie ungünstigeren Zwangskrankenkasse befreien, indem sie den als Ersatzkassen gesetzlich zugelassenen Krankenkassen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten vor dem 1. Januar 1922 beitreten. Auskunft wird erteilt von Willy Riedel, Schneeberg, Marienplatz 341.

•

Aue, 29. Dez. Die Briefschalter sind am 1. Januar Vormittags von 8 bis 9 und von 11 bis 12½ geöffnet; die Paketschalter bleiben geschlossen. Briefbestellungen werden Vormittags- und Nachmittags ausgeführt; die Paket- und Geldbestellung ruht. Im Landbezirk erfolgt eine Briefbestellung Vormittags, Paket- und Geldsendungen werden nicht abgetragen.

Aue, 29. Dez. Infolge des vom Justizministerium zum Weihnachtsfest ausgesprochenen Begnadigungen ist auch der frühere Gasanstaltsarbeiter Arnold von hier, der wegen seines Verhaltens während der kommunistischen Unruhen im März zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, aus dem Gefängnis entlassen worden.

Aue, 28. Dez. Die Einzelbezugsanweisungen für die Ruhegehalts- und Witwengeldempfänger schon Sonnabend, den 31. Dezember 1921, ihre Bezüge ausgezahlt erhalten. Die Rentenempfänger bekommen die Renten erst am 3. Januar 1922.

Aue, 29. Dez. Regierungsrat Hanitsch beim Versorgungsamt Aue ist zum Versorgungsamt Zwickau versetzt. Verwaltungssekretär Löscher ist nach abgelegter Prüfung zum Oberverwaltungssekretär ernannt worden. Die Diätare Wolf und Klötzer haben die Amtsbezeichnung Verwaltungsassistenten zu führen.

Löhnitz, 29. Dez. Stadtrat Müller hat zu Weihnachten 24 Schulkinder mit Schuhen ausgestattet.

Löhnitz, 29. Dez. Lehrer Schröter ist aus dem Schuldienst ausgeschieden, um die Gewerbelehrerbildungsanstalt in Chemnitz zu besuchen.

•

** **Leipzig.** Am Neubau des Meßhauses Union ereignete sich ein schwerer Unfall. An der Baustelle stehen noch die Grundmauern und Keller der abgerissenen Häuser. Als ein Wagen in die Baustelle einfuhr, brach das Gewölbe eines Kellers durch, und der schwere Wagen stürzte in ein mehrere Meter tiefes Loch, in dem mehrere Arbeiter mit Ausschachten beschäftigt waren. Ein Arbeiter wurde tödlich, ein zweiter schwer und ein dritter leicht verletzt.

** **Dresden.** Der Zirkus Sarrasani ist von Frankfurt a. M. nach hier zurückgekehrt und hat am ersten Feiertag sein Dresdener Heim wieder eröffnet.

Aus den Parteien.

* **Das wohlunterrichtete Zentralorgan der Sozialdemokratie.** Der „Vorwärts" (Nr. 605 vom 28. Dezember) will unter der Ueberschrift „Schwarz-weiß-rote Demokraten" eine Zusammenstellung derjenigen demokratischen Abgeordneten bringen, die im Reichstag für den Flaggenantrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gestimmt haben. Er leitet die Aufzählung mit folgenden Sätzen ein: „Schwarz-rot-Gold war bekanntlich die Farbe der alten Demokraten von 1848. Die neuen Demokraten aber, die sich nur sehr bedingt für die Republik erklärten, stehen den alten demokratischen Gesinnungen. Trotzdem ihr Bremer den alten demokratischen Gesinnungen. Trotzdem ihr Bremer Parteitag sich eben erst für die Republik und für die neuen Reichsfarben ausgesprochen hat, haben nicht weniger als zehn demokratische Abgeordnete es fertig gebracht, für den konservativ-nationalliberalen Verschleppungsantrag zu stimmen. Es ist sicher in ihrem Interesse, wenn wir die Namen dieser schwarz-weiß-roten Demokraten festhalten. Es sind dies: Dr. Böhme (Magdeburg), Brodauf, Dietrich (Baden), Eisenberger, Gothein, Kniest, Koch (Weser), Dr. Külz, Stokowich und Weiß. Die demokratische Frau Dransfeld hat sich der Stimme enthalten." — Soweit die Wahrheit des „Vorwärts." Es ist bezeichnend für die Kenntnisse und die Gewissenhaftigkeit des sozialdemokratischen Zentralorgans, daß diese kurze Aufzählung zwei grobe Irrtümer enthält. Abg. Eisenberger ist ein sehr bekannter Bauernbündler und Frau Dransfeld gehört zum Zentrum, beider Abstimmung hat sonach mit der Demokratischen Partei nicht das mindeste zu tun. Der „Vorwärts" schätzt aber anscheinend seine Leser so ein, daß es auf solche Kleinigkeiten nicht ankommt.

Gewerkschaftsbewegung.

Kommunistische Taktik.

Man schreibt uns:

Die Logik der Tatsachen ist stärker als alle vorgefaßte Theorie. Das zeigt sich deutlich in der radikalen Gewerkschaftsbewegung. Bis zur Revolution wurde der Metallarbeiterverband, eine der größten und mächtigsten Gewerkschaften, von Männern geleitet, die von der Praxis des wirtschaftlichen Lebens zu ruhigem und besonnenem Handeln trotz allen marxistischen Denkens erzogen worden waren. Sie bemühten sich, von den Arbeitgeberverbänden als gleichberechtigte Faktoren anerkannt zu werden und schlossen sich der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geschlossenen Arbeitsgemeinschaft an. Während und nach der Revolution liefen die Unabhängigen und Kommunisten gegen die bisherige Leitung Sturm. Es gelang ihnen, mit Hilfe der zahllosen „Novembergewerkschafter" Unabhängige in die Leitung zu bringen. Ihre erste Tat war der große Metallarbeiterstreik in Berlin, der den Zweck hatte, den Arbeitgeberverband auszuschalten und fortan die Gewerkschaften mit einzelnen Arbeitgebern verhandeln zu lassen. Also der ungeahnte „Scharfmacherstandpunkt"! Der Streik endete mit einer furchtbaren Niederlage und leerte die Kasse des Verbandes derart, daß dadurch wirklich vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus vernünftige und notwendige Maßnahmen nicht vorgenommen werden konnten. Natürlich trat der Verband unter der neuen Leitung auch aus der Arbeitsgemeinschaft aus. Aber sie hatte doch gelernt und wurde durch die Logik der Tatsachen mehr und mehr zu einem taktischen Verhalten gezwungen, das dem der alten Leitung entspricht. Mehr und mehr besetzten die Gewerkschaften Wirtschaftskörperschaften auf gesetzlicher Grundlage, als da sind: Eisenwirtschaftsbund, Außenhandelsstellen. Obgleich die Teilnahme daran durch die radikale Theorie verboten ist, kann der Metallarbeiterverband darauf unmöglich verzichten. Er ist nicht so dumm, sich selber auszuschalten, nur weil die Theorie es fordert. In der Praxis handelt man anders. Die letzte Generalversammlung im November 1921 hat solche Beschlüsse gefaßt.

Vor den Toren aber steht der ehemalige Bundesgenosse Spartakus, jetzt K. P. D. genannt. Er macht wieder mal die Massen zum Sturm mobil. Diesmal sind die Unabhängigen in der Verbandsleitung die Verräter, aber dabei zeigt sich die moskowitische Schlaue der Kommunisten. Sie wollen ihre Leute gar nicht in die Verbandsleitung hineinbringen. Sie würden dort, das weiß man schon, bald ebenso vernünftige „Verräter" werden, — durch die Logik der Tatsachen, die den Kommunisten vom jetzigen kapitalistischen Bolschewismus in Rußland sehr gut bekannt ist. Deshalb machen sie nur „Krach in der Bude" und den Führern das Leben sauer, indem sie durch ihre „kommunistischen Zellen" mit Absicht das Unmögliche fordern und die Führer bei ihren alten, eigenen radikalen Schlagworten fassen. Aber darin liegt auch das Unmögliche des Radikalismus. Er geht aus Angst vor der Logik der Tatsachen der Verantwortung aus dem Wege. „Siegt" er aber Ausnahmsweise durch eine Katastrophe, dann zwingt ihn die Logik der Tatsachen aus dem Chaos schließlich doch zu „Bereuf" und Vernunft. Mordsmäßig unter Schmerzen und Opfern, — aber die haben ja die anderen zu bezahlen.

Neues aus aller Welt.

— **Die Grippe-Epidemie.** Aus Köln wird gemeldet, daß auch unter den englischen Besatzungstruppen die Grippe verbreitet ist. Bisher waren 160 Fälle zu verzeichnen. Die belgischen Truppen sind bisher jetzt verschont geblieben, während die Franzosen in der Pfalz mehrere hundert Krankheitsfälle hatten.

— **Zwei Kinder verbrannt.** In Herne (Westfalen) geriet eine Stallung in Brand, wobei ein 13jähriger Knabe, der eine Ziege zu retten versuchte, verbrannte. Ein anderer Junge, der ihm zu Hilfe kommen wollte, büßte ebenfalls sein Leben ein.

— **Schwerer Raubüberfall.** Der frühere Warenhausbesitzer Heinrich wurde bei Borsel (Bez. Stade) von zwei Männern überfallen, niedergeschossen und seiner Barschaft beraubt. Die Mörder waren ihm gefolgt und auf dem Wege durch ein kleines Gehölz schossen sie ihn von hinten nieder. Die Kugel ging durch den Bauch, so daß der Ueberfallene sofort zusammenbrach. Darauf raubten die Täter außer einem Brillantring und einer Uhr die Barschaft des Ueberfallenen von über 750 Mark und schleiften ihr Opfer dann in das Gehölz, wo sie es mit Reisig und Fichtennadeln zudeckten. Der Ueberfallene, der nochmals zur Besinnung kam, schleppte sich unter fürchterlichen Schmerzen an den Weg, wo er bald Stunden lang erfroren in den Füßen liegen blieb. Eine